

Wahlprüfsteine



Wir wollen unser Wasser zurück!

Mehr als 666.000 Berliner unterstützten im Volksentscheid diese Forderung!

Was aber wollen die Berliner Parteien?

Als Orientierungshilfe für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin geben wir Ihnen einen Überblick über die unterschiedlichen Einstellungen von sechs Parteien.

Rückblick: Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe 1999

Die SPD betrachtet den Vorgang der Teilprivatisierung der BWB inzwischen als Fehler. Die CDU hingegen betont: „Die Teilprivatisierung war richtig!“ Und: „Die Entwicklung der BWB in privater Hand ist positiv zu bewerten.“ Die FDP meint, die Teilprivatisierung sei misslungen, da es keinen Wettbewerb gebe. Die LINKE zeigt sich opportunistisch: Als PDS hatte sie 1999

gegen die Privatisierung gestimmt, aber als Regierungspartei (seit 2001) hat sie die Verträge zur Teilprivatisierung verteidigt. Die GRÜNEN waren als Oppositionspartei konsequent. Sie haben 1999 gegen die Privatisierung gestimmt und lehnen sie bis heute ab: So hat der grüne Landesvorstand dafür gestimmt, das Volksbegehren zu unterstützen. Die PIRATENPARTEI kritisiert die Teilprivatisierung scharf.

Überprüfung der Verträge im Abgeordnetenhaus

Das Volksgesetz, das nach dem erfolgreichen Volksentscheid im Februar 2011 in Kraft getreten ist, erfordert eine Abstimmung über die Verträge im Abgeordnetenhaus. Dabei vertreten die Parteien folgende Einstellungen: Die SPD zeigt sich unentschieden; eine Ablehnung der von ihr 1999 geschlossenen Verträge erscheint unwahrscheinlich. Die CDU bejaht die Verträge weiterhin! Die GRÜNEN, die LINKE, FDP und die PIRATENPARTEI werden die Verträge ablehnen.



Dagobert Duck freut sich mit den Aktionären über sprudelnde Renditen auf Kosten der Verbraucher



Berliner Wassertisch macht den Haifischen Beine

Künftige (Teil)Privatisierungen kommunaler Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge

Die SPD lehnt eine Privatisierung weiterer kommunaler Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Die CDU beharrt darauf, dass am öffentlich-privaten-Partnerschafts-Modell (ÖPP-Projekte) grundsätzlich festzuhalten sei. Auch die GRÜNEN zeigen sich weiterhin gegenüber ÖPP/PPP-Modellen aufgeschlossen, wenngleich sie sich „gegen eine weitere Privatisierung von Berliner Landesunternehmen [...] aus[sprechen].“ Die LINKE lehnt Privatisierungen ab. Zumindest will sie weitere Privatisierungen an das Votum von Bürgerbefragungen binden. Die FDP befürwortet Privatisierungen und tritt für die Überführung weiterer „landeseigener Unternehmen in den Wettbewerb privater Anbieter“ ein. Die PIRATENPARTEI spricht sich gegen Privatisierungen von Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge aus.

Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe

Mehr als Zweidrittel der Berliner sind dafür, dass die BWB wieder in kommunale Hand kommen. Die SPD erwünscht sich die Rekommunalisierung, „wenn es passt“. Die CDU steht weiterhin zur Teilprivatisierung der BWB und lehnt darum eine Rekommunalisierung ab. Für die GRÜNEN kommt eine Rekommunalisierung nur „in Frage, wenn das Kosten- und Nutzenverhältnis stimmt, es finanzierbar ist und eine soziale und ökologische Verbesserung für die Berlinerinnen und Berliner damit erreicht werden kann.“ Die LINKE würde die BWB „zu tragbaren Konditionen“ zurückkaufen. Die FDP vertritt ungebrochen das Dogma der Privatisierung als „Kernelement der Wirtschaft“.

Die PIRATENPARTEI ist die einzige Partei, die sich sogar auf juristischem Wege für eine Rekommunalisierung einsetzen will.

So stehen die Parteien zur These 33 des Wahl-O-Mat Berlins*

*„Die Privatisierung
der Berliner Wasserbetriebe
soll
rückgängig gemacht werden“*

SPD	✓
CDU	✗
Die Grünen	✓
Die Linke	✓
FDP	—
Die Piratenpartei	✓

* Bundeszentrale für politische Bildung

Genauer unter: <http://berliner-wassertisch.net>
V.i.S.P. Rudolf Bähr, 14195 Berlin